



FIGU– ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

1. Jahrgang
Nr. 27, Januar 2016

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU-Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

=====

Merkel in der EU erfolglos

Noch vor wenigen Tagen hat Frau Merkel auf dem CDU-Schleimer-Parteitag so getan, als würden die anderen europäischen Länder Deutschland bei der von Merkel verschuldeten Masseneinwanderung helfen. Ich habe schon mehrfach gesagt, dass das reiner Schwindel ist, weil die anderen Regierungen nicht so blöd sind, ihr Land durch unkontrollierte Masseneinwanderung ins Chaos stürzen zu lassen. Was Merkel in der für sie typischen Verlogenheit dem dummen CDU-Funktionärsclub vorgegaukelt hat, hat sich schon nach wenigen Tagen als dummes weltfremdes Geschwätz erwiesen. Merkel will sich irgendwie durchwursteln. Dass jetzt die Entscheidung, was mit der Sicherung der EU-Aussengrenzen wird, auf Sommer 2016(!) verschoben wird, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, dass Deutschland für die ungeheure Dummheit der Merkelschen Politik allein zahlen müssen, und das gleich in mehrfacher Hinsicht: Einerseits fliessen dann Milliarden an die Türkei, an Afghanistan und viele andere Länder, andererseits verursachen die unkontrolliert hier eingedrungenen Millio-nenscharen (und davon muss man ausgehen) unvorstellbare Kosten und bringen in allen Bereichen riesige Probleme. Merkel ist auf der ganzen Linie gescheitert. David Cameron macht klar, dass er für Grossbritannien nicht noch mehr EU-Diktatur, sondern weniger EU-Bevormundung haben will, die neue polnische Regierung zeigt, dass sie die Interessen ihres Landes und nicht etwa die Interessen fremder Mächte vertreten will und in Sachen Ukraine ist Merkel ebenfalls völlig gescheitert. Gerade wurde gemeldet, dass die Ukraine praktisch Pleite ist und Milliarden-Schulden nicht an Russland zurückzahlen will. Im Dienste der USA hat Merkel auch in der Ukraine völlig falsch gehandelt und sich gegen Russland gestellt, was eine ungeheure Dummheit ist und nicht nur politischen, sondern auch wirtschaftlichen Schaden für Deutschland bedeutet. Vermutlich hat Merkel auch mit ihrer unbedachten Ukrainepolitik viel deutsches Geld verspielt. Es gibt kein Gebiet, auf dem Merkel etwas geleistet hat, ausser vielleicht dem Bereich der Volksverdummung, wo Merkel mit Hilfe von «gekauften Journalisten» in Presse und Fernsehen die Lage in einer Weise darstellt, die mit der Wirklichkeit rein gar nichts zu tun hat. Aber auch da hat Merkel Pech, denn immer weniger Leute glauben den Lügenpolitikern und Lügenjournalisten.

Veröffentlicht am 18. Dezember 2015

Aus Gesprächen mit ganz normalen Bürgern, aber auch durch viele Zuschriften und Anrufe weiss ich, dass zahlreiche Menschen in Deutschland Angst haben, ihre wirkliche Meinung zu äussern. Oft wird mir mitgeteilt «Sie äussern das, was ich nicht zu sagen wage, weil ich Nachteile befürchte.» Nun ist es sicher so, dass die herrschenden Kreise mit allen Mitteln versuchen, Kritiker mundtot zu machen. Das haben schon viele in der CDU zu spüren bekommen, die es wagten, Merkels wahnsinnige Politik zu kritisieren. Erst recht gilt das, wenn jemand wagt, die Regierungspolitik insgesamt zu kritisieren. Wer nicht in hysterisches Jubelgeschrei ausbricht, wenn



Millionen von Fremden aus völlig anderen Kulturkreisen Deutschland überfluten und regelrecht überfallen, wird schnell als «rechts», «rechtsradikal», «unmenschlich», «herzlos», «Nazi» oder was auch immer abgestempelt. Mit solch dümmlichen Beschimpfungen versuchen die Machthaber, jede Kritik zu unterbinden und sich einer sachlichen Diskussion über die grauenhaften Folgen ihrer Politik zu entziehen. Manche lassen sich dadurch auch tatsächlich einschüchtern. Ich will das den Betroffenen nicht vorwerfen, zumal ja die gewalttätige Linke nicht einmal davor zurückschreckt, Gewalt gegen Andersdenkende anzuwenden, Leute zu bedrohen, Sachbeschädigungen oder sogar Körperverletzungen zu begehen. Es gibt sogar Fälle, wo linke Volksverhetzer etwa bei der «Schaubühne» in Berlin aufgefordert haben, anderen in den Kopf zu schießen. Es ist auch eine Riesenschweinerei, dass der vollkommen unfähige sogenannte Bundesjustizminister Heiko Maas, ein linksradikaler Schwätzer, zu den ungeheuren Schandtaten von linksradikalen Gewalttätern schweigt oder sie vielleicht sogar insgeheim billigt. Trotz all dieser Ärgernisse und Probleme möchte ich Euch aber bitten, von Eurem Grundrecht auf Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen. Die Deutschenhasser wollen ja gerade, dass diejenigen schweigen, die für die deutschen Interessen eintreten, denn dann haben es die deutschfeindlichen Kräfte viel leichter. Bei allem Verständnis dafür, dass manche Bedenken haben, ihre Meinung zu sagen, fände ich es gut, wenn sie sich äussern würden. Meinungsfreiheit gehört wesentlich zur Demokratie. Wenn nur noch die Regierenden ihre Meinung äussern können, ist die Demokratie am Ende. Das würde Merkel und ihren Dienern gefallen, ich fände es dagegen eine Katastrophe für Deutschland. Wer in Sorge über die gegenwärtigen Fehlentwicklungen in Deutschland ist, sollte das auch klar sagen. Übrigens: Ich bin überzeugt, dass eine riesige Mehrheit der Deutschen die gegenwärtige Politik, insbesondere die unkontrollierte Masseneinwanderung, entschieden ablehnt. Ich kann daher nur in höhnisches Gelächter ausbrechen, wenn irgendwelche Lügenmedien wieder einmal den Deutschen einhämmern wollen, die Regierungspolitik werde von der Mehrheit unterstützt. Die gekauften «Umfragen», die das bestätigen sollen, sind reiner Schwindel. Die Lügenmedien sind inzwischen geistig und moralisch so heruntergekommen, wie man das sonst nur bei Diktaturen vermutet. Glücklicherweise gibt es aber heutzutage die Möglichkeit, sich dank Internet auch aus solchen Quellen zu informieren, die nicht einer Regierung dienen. Und wenn man ausländische Presse liest, merkt man, dass überall in der Welt Merkels Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung zumindest als unsinnig und in vielen Fällen sogar als riesige Bedrohung für Europa angesehen wird. Auch das sollte Mut geben. Man darf sich eben nicht von den selbstgefälligen Gutmenschen und selbsternannten Moralaposteln irreführen oder einschüchtern lassen. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant hat schon vor langer Zeit gefordert «Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen.» Diese Forderung ist aktueller denn je, weil Lügenpolitiker und Lügenmedien uns vorschreiben wollen, was wir denken sollen, was wir sagen sollen, was wir wählen sollen, was wir tun sollen. Deshalb, liebe Mitbürger, habt den Mut, selbst zu denken und auch selbst zu sagen, was Ihr wollt. Lasst Euch nicht von Merkel, den Deutschenhasern bei Grünen und anderen, von Blödzeitung oder Lügenfernsehen vorgaukeln, dass wir begeistert sein müssten, wenn Millionen von Leuten aus völlig anderen Kulturkreisen Europa überrennen und vollkommen zu seinem Nachteil verändern. In vielen Ländern Europas ist eine Rückbesinnung auf das eigene Volk, die eigene Kultur im Gang. Die EU-Bürokraten und Globalisierungsfanatiker mögen das nicht, weil sie die totale Herrschaft haben und Europa zu einem scheusslichen Einheitsbrei verwandeln wollen. Es liegt an uns, unsere Vorstellungen, unsere Werte, unsere Kultur, unsere Lebensart zu verteidigen. Das erfordert sicherlich etwas Mut, aber wer jetzt zu feige ist, seine Meinung klar zu äussern, könnte schon bald bereuen, zu der Fehlentwicklung geschwiegen zu haben. Deshalb nochmals Kants Aufforderung «Habe den Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen.» Und wenn Euch Euer Verstand sagt, was da gegenwärtig abläuft, ist Irrsinn, dann habt auch den Mut, das zu äussern.

Veröffentlicht am 18. Dezember 2015

Sie ruiniert Deutschland und gefährdet mit ihrer wahnsinnigen Politik ganz Europa: Angela Merkel macht eine grauenhafte Dummheit nach der anderen. Erst tritt sie mit saublöden Sprüchen eine Einwanderungslawine los, die immer schlimmer wird und ganz Deutschland buchstäblich überrollt – mit allen schlimmen Folgen, die von Tag zu Tag deutlicher werden. Dann zerrt sie Deutschland in Kriegseinsätze in ferne Länder, wo wir nur verlieren können. Ganz verrückt, dass genau zu der Zeit, wo deutsche Soldaten dort ihr Leben riskieren sollen, junge Feiglinge aus diesen Ländern hierher kommen und es sich bei uns gut gehen lassen. Und obwohl inzwischen fast allen klar ist, dass man in der gegenwärtigen schwierigen Lage sich um ein möglichst gutes Verhältnis zu Russland bemühen sollte, will Merkel – mal wieder im Dienst der USA – die unsinnigen Sanktionen gegen Russland verlängern. Das ist umso verrückter, als es in Syrien keine Regelung gegen Russland geben wird. Ganz verrückt auch, dass Merkel vollmundig verkündet, Assad müsse verschwinden. Wer in Syrien regiert, hat doch

nicht diese grössenwahnsinnige Dummschwätzerin Merkel zu bestimmen, auch nicht die USA, Israel oder ein anderes Land, sondern das zu entscheiden ist allein Sache der Syrer. Merkel ist verrückt, wenn sie gegen Russland und gegen Assad ein vernünftiges Ergebnis in Syrien erreichen will. Auch in einem anderen Bereich schätzt Merkel die Lage vollkommen falsch ein: Ihr ständiges Geschwätz, für die Masseneinwanderung müsse eine Lösung auf europäischer Ebene gefunden werden, kann ja nicht darüber hinwegtäuschen, dass alle anderen Länder Merkels idiotische Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung scharf ablehnen. Merkel ist da völlig isoliert und ihr ablenkendes Geschwätz ist nur noch peinlich. Der Karlsruher Speichellecker-Parteitag der CDU hat erschreckend gezeigt, wie weltfremd und volksfremd diese Merkelpartei ist. Das ist gerade deshalb schlimm, weil Merkels Politik unser Land ruiniert und ganz Europa gefährdet. Die Mordanschläge in Paris und anderswo haben deutlich gezeigt, dass schon eine kleine Gruppe von Eingewanderten (alle Pariser Terroristen stammen ja ursprünglich aus Nordafrika !!!) ein Land ins Chaos stürzen kann. Es ist schlimm, aber leider muss man sagen: Merkel ist mit ihrer grauenhaft falschen Politik eine Dienerin des Terrors. Sie bringt Chaos nach Europa und zerstört all das, was ganze Generationen mühsam aufgebaut haben. Deshalb ist Merkel in meinen Augen eine Terroristin: Merkels Politik ist ein Anschlag auf Demokratie, Rechtsstaat und die Identität Deutschlands. Zusätzlich bedroht sie damit ganz Europa. Merkel wirft zwar selbst keine Bomben in Deutschland, aber sie unterstützt, dass Verbrecher unkontrolliert nach Deutschland und ganz Europa eindringen können und dann schwerste Straftaten begehen, wie man zuletzt in Paris gesehen hat. Auch wenn manche Leute das erst begreifen, wenn es schon (zu) spät ist: Merkel gehört entweder ins Gefängnis oder in eine psychiatrische Anstalt, aber auf keinen Fall ins Kanzleramt.

Veröffentlicht am 16. Dezember 2015

Merkel labert und lügt auf CDU/SED-Parteitag

Es war ja zu befürchten, dass Merkel weder den Verstand noch den Anstand haben würde, auf dem CDU-Parteitag einzugestehen, dass ihre Politik der unkontrollierten Masseneinwanderung eine riesige Gefahr für Deutschland ist. Irrsinnig hohe Milliardenkosten – und das auf viele Jahre hinaus, steigende Kriminalität bis hin zur Bedrohung durch islamistische Terroristen, Eindringen von Verbrechern aller Art, gewaltige Verteilungskämpfe auf allen Gebieten: Wohnungen, Arbeitsplätze, medizinische Versorgung usw. Selbst bei den «Tafeln», die eigentlich für bedürftige Deutsche gedacht sind, bedienen sich Einwanderer offenbar reichlich. Da selbst die Dauerlügnerin Merkel all diese Probleme nicht bestreiten kann, nimmt sie zu einem ihrer alten faulen Tricks Zuflucht: Sie gibt einerseits zu, dass Multikulti nicht funktioniert, aber andererseits will sie genau dieses Multikulti noch dramatisch verstärken durch die Masseneinwanderung von Leuten aus völlig anderen Kulturkreisen. Man muss schon blöd wie die Delegierten auf dem CDU-Parteitag sein, wenn man diesen klaren Widerspruch in Merkels Geschwätz nicht erkennt. Ebenso dummdreist lügt Merkel, wenn sie den Leuten vorgaukelt, es werde auf europäischer Ebene eine Lösung des Problems der Masseneinwanderung geben. In Wirklichkeit ist es so, dass alle anderen Länder diese Masseneinwanderung entschieden ablehnen und im Gegensatz zu Merkel nicht so unverschämt sind, ihrer Bevölkerung derart ungeheure Probleme aufzubürden. Erschütternd an dem CDU-Parteitag ist nicht nur, dass Merkel dort eine Stunde lang eine Mischung aus frechen Lügen und saudummem Geschwätz geboten hat, sondern dass die Delegierten zu feige waren, ihr zu widersprechen und endlich die Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Aber so sind diese CDU-Funktionäre eben: Sie denken nur an ihr Pöstchen, nicht an das Wohl des Landes. Und so gab es denn Szenen, die man nur von Diktaturen kennt: In Nordkorea beklatschen sich die Machthaber selbst und bei SED-Parteitagen war es ähnlich. Merkel als ehemalige FDJ-Funktionärin weiss das ja noch alles und hat das eifrig nachgeahmt. Dieser Parteitag ist eine Schande für die CDU und eine Schande für Deutschland, das eine solch grottenschlechte, heuchlerische, volksferne Regierungspartei duldet. Das heuchlerische Schauspiel, das da aufgeführt wurde, zeigt den geistigen und moralischen Niedergang der CDU. Merkel muss weg. Deutschland braucht eine andere Politik und andere Parteien!

Veröffentlicht am 14. Dezember 2015

Wahnsinn: CDU und SPD bleiben deutschfeindlich

Obwohl immer mehr Bürger die wahnsinnige unkontrollierte Masseneinwanderung ablehnen und auch alle anderen Länder die von CDU und SPD betriebene Überflutung durch Millionen Fremder aus völlig anderen Kulturkreisen ablehnen, bleiben die Parteispitzen von CDU und SPD unbelehrbar und deutschfeindlich. Die

Funktionäre der SPD, diese «waterlandslosen Gesellen», wollen auf ihrem Parteitag mal wieder Arschkriecherei gegenüber Einwanderern betreiben und lehnen den dringend nötigen Stopp der Masseneinwanderung mit fadenscheinigen Gründen ab. Und die Deutschenhasserin Merkel will weiterhin zeigen, dass ihre Dummheit «keine Obergrenze» hat und deshalb ihre irrsinnige Politik der unkontrollierten Flut von Einwanderern fortsetzen. Es ist reine Heuchelei und der dreiste Versuch der Volksverdummung, wenn die deutschfeindlichen Altparteien sich herausreden, man wolle das Problem der Masseneinwanderung auf europäischer Ebene lösen. Klar ist nämlich, dass ausser der unfähigen Merkelregierung niemand in Europa so blöd ist, ganze Völkerstämme aus völlig fremden Ländern bei sich aufnehmen zu wollen. Die Deutschenhasser in CDU und SPD sagen also bewusst die Unwahrheit, wenn sie so tun, als gebe es auf europäischer Ebene eine Bereitschaft, den Irrsinn der Masseneinwanderung mitzumachen. Merkel hat wieder einmal ihre völlige politische Dummheit gezeigt und die falsche Reihenfolge gewählt: Es ist Wahnsinn, zuerst vollmundig zu schreien «Wir schaffen das» und erst hinterher, nachdem bereits riesige Schäden eingetreten sind, allmählich mit der Überlegung anzufangen, ob nicht vielleicht auch andere Länder solche Einwanderer aufnehmen können. Wer wichtigetuerisch so tut, als könne er die Probleme der Welt ganz allein lösen, darf sich nicht wundern, wenn dann andere Länder daraus folgern «Also brauchen wir Deutschland nicht zu unterstützen.» Nur Vollidioten prahlen damit, sie könnten ein Problem lösen, dessen Ausmass sie überhaupt nicht kennen. Wer gar nicht weiss, wie viele Millionen von Einwanderern Deutschland noch überrennen wollen, ist ein Narr oder schamloser Lügner, wenn er trotzdem wie Merkel tönt «Wir schaffen das.» Dass Merkel eine völlige politische Null und eine schamlose Lügnerin ist, schreibe ich schon seit Jahren und werde leider jeden Tag durch Merkels verbrecherische Politik darin bestärkt. Ganz schlimm aber ist, dass es in Deutschland so viele hirn- und charakterlose Journalisten gibt, die Merkel bei ihrem wahnsinnigen Treiben unterstützen statt sie wegen ihrer Schandtaten zu kritisieren. Und was machen Linke und Grüne? Sie sind noch schlimmer, noch idiotischer und noch deutschfeindlicher als die Merkelregierung. Kein Wunder, dass die Zahl derer gewaltig steigt, die eine Alternative für Deutschland wollen. Mit der bisherigen Politik kann es nicht weitergehen.

Veröffentlicht am 10. Dezember 2015 Quelle: <http://www.anti-merkel.de/>

Gorbatschow:

Kein effektiver Anti-Terror-Kampf ohne entsprechende UN-Resolution

© RIA Novosti. Alexander Vilf Politik 09:12 16.12.2015(aktualisiert 09:18 16.12.2015)



Das fehlende Vertrauen zwischen den Staatsechefs der führenden Länder erschwert laut dem Ex-Präsidenten der UdSSR Michail Gorbatschow die Meisterung der vor der Weltgemeinschaft stehenden Probleme. Um das Vertrauen zurückzugewinnen, sei eine UN-Resolution über Anti-Terror-Massnahmen notwendig.

Moskau: UN-Resolution zu Anti-Terror-Koalition tut not

«Zwischen den führenden Ländern vertiefen sich die Widersprüche, das Vertrauen in der internationalen Politik ist zerstört», sagte Gorbatschow der japanischen Zeitung «Mainichi» im Interview. Genau deswegen könne die Weltgemeinschaft aus der Sicht des Ex-Sowjetpräsidenten bislang keine effektiven Massnahmen zum Kampf gegen den Terrorismus ausarbeiten.

Um das Vertrauen wiederherzustellen, seien nicht nur Verhandlungen auf höchster Ebene oder auf Ministerebene im Rahmen des UN-Sicherheitsrates, sondern auch die Verabschiedung einer Resolution der Vereinten Nationen über Anti-Terror-Massnahmen notwendig.

Gorbatschow zufolge sollte in dieser UN-Resolution neben der Zusammenarbeit in der militärischen und antiterroristischen Tätigkeit ein Paragraph enthalten sein, der «den Ländern verbietet, Waffen an bewaffnete Formationen zu liefern».

Quelle: <http://de.sputniknews.com/politik/20151216/306504287/gorbatschow-un-konvention-terrorismus.html>

Staatsrechtler: Merkels Rechtsauffassung zum Asylrecht ist «schlicht falsch»

Epoch Times, Mittwoch, 16. Dezember 2015 18:48

Sie habe ihren Satz «Wir schaffen das» auf dem Karlsruher CDU-Bundesparteitag in eine Reihe gestellt mit programmatischen Worten Konrad Adenauers und Ludwig Erhards zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg oder mit Helmut Kohls «blühenden Landschaften» im Hinblick auf die Wiedervereinigung und den Aufbau Ost.



Angela Merkel, Foto: Über dts Nachrichtenagentur

Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen, Michael Bertrams, hält die Rechtsposition von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Asylrecht für «schlicht falsch». Der Gesetzgeber könne sehr wohl Grenzen ziehen, sagte Bertrams dem «Kölner Stadt-Anzeiger» (Donnerstagsausgabe). «Er dürfte es sogar ganz abschaffen, da es nicht der sogenannten Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes unterliegt.»

Jedes Grundrecht stehe unter dem Vorbehalt, dass es im Kollisionsfall mit anderen Verfassungsnormen zum Ausgleich gebracht werden müsse. Bertrams erinnerte an den noch heute gültigen römischen Rechtsgrundsatz «Ultra posse nemo obligatur» (Niemand kann über seine Leistungsfähigkeit hinaus in die Pflicht genommen werden). «Das gilt auch für die Flüchtlingsfrage und die Aufnahmefähigkeit des Landes.»

Der Jurist warf der Kanzlerin einerseits eine «abstrakte» Flüchtlingspolitik vor, die sich nicht an der konkreten Situation in den Städten und Gemeinden orientiere. Andererseits kaschiere Merkel mit ihrem Pathos, dass ihre Flüchtlingspolitik unausgereift und nicht zu Ende gedacht sei.

Sie habe ihren Satz «Wir schaffen das» auf dem Karlsruher CDU-Bundesparteitag in eine Reihe gestellt mit programmatischen Worten Konrad Adenauers und Ludwig Erhards zum Wiederaufbau Deutschlands nach dem Krieg oder mit Helmut Kohls «blühenden Landschaften» im Hinblick auf die Wiedervereinigung und den Aufbau Ost. «Damit hat sie historische Vorbilder bemüht, die mit den aktuellen Problemen nicht vergleichbar sind.» Im Hinblick auf syrische Flüchtlinge sehe er mit grosser Sorge, dass in ihrem Herkunftsland der Hass auf Israel und die Juden seit Jahrzehnten zur Staatsdoktrin gehöre. «Die Menschen von dort sind gleichsam anti-semitisch imprägniert. Ein Schnellwaschgang in Sachen Toleranz wird da leider nicht viel ausrichten können.» (dts Nachrichtenagentur)

Quelle: <http://www.epochtimes.de/politik/deutschland/staatsrechtler-merkels-rechtsauffassung-zum-asylrecht-ist-schlicht-falsch-a1292365.html>

US-Kriegsveteran über tatsächliche US-Ziele in Nahost

16. Dezember 2015 Non Profit News Redaktion



Der US-Kriegsveteran Kenneth O' Keefe setzt in einer Debatte im englischsprachigen iranischen Fernsehsender «Press TV» seine Gegenstimme gegen die Berichterstattungen der westlichen Mainstream-Medien.

Er zeigt mit Nachdruck auf, dass die USA, anstatt den Terror weltweit zu bekämpfen, selbst der «Terrorstaat Nummer 1» seien. Denn die USA verübten weltweit Folter, grauenhafteste Morde, Verstümmelungen, Vergewaltigungen und viele andere Kriegsverbrechen. Alles völlig ungestraft, denn sie schützen ihre eigenen Kriegsverbrecher vor der Justiz. Kenneth O' Keefe lässt keinen Zweifel zu, dass westliche Politik und Medien lediglich Erfüllungsgehilfen der Finanzelite seien. Diese würden Kriege ganz nach Belieben durch False-Flag-Aktionen initiieren und steuern, weil sie daran verdienten und in krankhafter Weise nicht das geringste Interesse an Frieden und Gemeinwohl hätten. Speziell im Nahen Osten gehe es einzig um israelische, das heisst zionistische, Interessen. Sehen Sie nun selbst Kenneth O' Keefe in einem Ausschnitt aus seiner ebenso fundierten wie – aus verständlichen Gründen – emotionalen Debatte im Press TV.

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/12/us-kriegsveteran-ueber-tatsaechliche-us-ziele-in-nahost/>
Video auch bei: <https://www.youtube.com/watch?v=cLrrEFvqGu0>

Dr. Eva Maria Barki: Meinungsterror in Österreich

Info-DIREKT veröffentlicht heute die Übersetzung eines aufsehenerregenden Interviews, das die Wiener Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki vor kurzem dem konservativen ungarischen Nachrichtenportal Magyar Idők (magyaridok.hu) gewährte und das dort am 10. Dezember 2015 unter dem Titel «VÉLEMÉNYTERROR VAN AUSZTRIÁBAN» erschien. Wir danken Frau Dr. Barki für Vidierung und Genehmigung unserer Übersetzung aus dem Ungarischen.



MEINUNGSTERROR IN ÖSTERREICH

Das Dublin-III-Abkommen und das Schengen-System sind «tot» und man sollte auch die Genfer Flüchtlingskonvention aufkündigen – erklärte die Wiener Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki gegenüber Magyar Idők. Die Völkerrechts- und Flüchtlingsrechtexpertin sieht ein dringliches Problem darin, dass derzeit eine bewusst vorbereitete und gut koordinierte Invasion erfolge und dass man bis zum Jahr 2050 damit rechnen müsse, dass bis zu 950 Millionen Menschen nach Europa kommen werden. Europa hingegen habe keine Antwort auf diese Herausforderung parat. Angela Merkel und Jean-Claude Juncker vertreten lediglich Ansichten, welche ihnen Washington diktiert. Frau Dr. Barki hebt ferner hervor, dass in Österreich ein Meinungsterror herrsche: es sei verboten, sich gegen die Migration zu äussern. Diejenigen, die es dennoch tun, riskieren damit ihren Job.

Sie wurden in Österreich geboren, haben aber enge Beziehungen zu Ungarn. Woher kommt diese Nahbeziehung?

Mein Vater war Ungar, starb aber, als ich ein halbes Jahr alt war. Doch ich erhielt eine ungarische Ausbildung, auch wenn ich mit meiner Mutter deutsch sprach. Als einziges Kind ungarischer Herkunft in der Schule interessierte ich mich vor allem für ungarische Geschichte und habe darüber viel mit meinen Geschichtslehrern diskutiert. Als ich Rechtsanwältin wurde, war ich der einzige Anwalt in Wien, der Ungarisch sprach und konnte in der Folge viele meiner Landsleute rechtlich vertreten.

Sie sind Völkerrechts- und Flüchtlingsrechtexpertin. Auf internationalen Foren und bei internationalen Organisationen setzen Sie sich oft entgegen dem Mainstream mit viel Fachwissen für die ungarischen Interessen ein. Worauf geht dieses Ihr Anliegen zurück?

Ich verteidige nicht nur die ungarischen Interessen, sondern vor allem die Wahrheit. Ich trete aber auch für andere Völker ein.

Sie beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit der Migrationsfrage: Wer ist Ihrer Terminologie zufolge ein Flüchtling und wer ist ein Wirtschaftsmigrant?

Kriege, Bürgerkriege und andere kriegsähnliche Aktivitäten, bewaffnete Konflikte und gewalttätige Stammesrivalitäten sind kein Asylgrund, dieser ist nur im Falle einer individuellen Verfolgung gegeben, das heisst im Falle einer persönlichen beziehungsweise politischen Verfolgung. Daher erfüllen von den derzeit ankommenden Migranten nicht einmal drei Prozent die Voraussetzungen nach der Flüchtlingskonvention und damit die Voraussetzungen für einen dauernden Aufenthalt. Darüber hinaus ist es sehr bedenklich, dass die Mehrheit dieser Leute nur die reichen europäischen Länder anstrebt, wo doch ein Flüchtling, der um sein Leben fürchtet, mit jedem Land zufrieden sein sollte, in dem er in Sicherheit ist.

Aber in Europa gibt es eine Angela Merkel...

Leider ist sie der Totengräber Europas. Sie lädt die Migranten bewusst ein und zerstört damit Deutschland, aber auch Europa.

Wie viele Migranten sind zu erwarten?

Jedes Jahr können Millionen von Menschen kommen, die Einwanderungswelle hat bei weitem noch nicht ihren Höhepunkt erreicht. Laut Professor Gunnar Heinsohn vom Militärdemographischen Institut des NATO Defense College werden bis zum Jahr 2050 alleine aus Afrika und dem Nahen Osten 950 Millionen Einwanderer nach Europa kommen.

Wie viele?!

950 Millionen.

Es gibt keine Volkswirtschaft, die das aushalten kann. In wessen Interesse erfolgt diese Invasion?

Es handelt sich um eine gezielt vorbereitete, gut koordinierte Aktion. Der amerikanische Militärstrategie Thomas Barnett, Berater des ehemaligen US-Verteidigungsministers, hat in zwei seiner Bücher darüber geschrieben, dass Europa 1,5 Millionen Immigranten pro Jahr aufnehmen müsse. Seiner Ansicht nach soll auf diese Weise eine Gesellschaft geschaffen werden, in der es keinen Unterschied zwischen Nationen, Kulturen, Religionen und Nationalitäten mehr gibt, wobei jedoch ein wesentlicher Teil der Bevölkerung einen IQ von weniger als 90 hat, so, dass man sie zwar zum Arbeiten einsetzen kann, jedoch ein selbstständiges Denken nicht erfolgt. In den Vereinigten Staaten versteht man nichts von unseren gewachsenen Nationen, von unserer Geschichte, und vor allem nichts von unserer Kultur und unseren Traditionen, man versteht nichts davon, wie eine gut strukturierte Gesellschaft aussieht.

Die früheren Hauptdestinationen der Auswanderung, also die Vereinigten Staaten, die reichen Golfstaaten und Australien wenden sich – völlig zu Recht – gegen eine unbeschränkte Einwanderung. Wie sollte es dann jemand von dort wagen, sich in das einzumischen, was Europa und was Ungarn tut?

Man wird den Menschen und den Regierungen klar machen müssen, dass die Immigration – neben anderen Faktoren – eines der wichtigsten Instrumente darstellt, um die europäische Wirtschaft und das europäische Sozialsystem zu zerstören, wobei zur gleichen Zeit die europäische Selbstverteidigung nicht funktioniert.

Was wird aus Europa werden?

Es wird ein bipolarer Kontinent entstehen, wobei Mitteleuropa die zentrale Rolle zukommt. Die westeuropäischen Nationen werden gemeinsam mit den Vereinigten Staaten aufgrund des Werteverfalls untergehen, weil der Werteverfall und die moralische Krise bereits ein Ausmass erreicht haben, dass sie unumkehrbar erscheinen. Dazu kommt noch die wirtschaftliche und politische Krise.

Besteht ein Zusammenhang zwischen Migration und Terrorismus?

Ja. Daher ist ein grosses Problem, dass die europäischen Führer, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker vollkommen abgehoben von der Realität unter dem Vorwand einer Scheinhumanität und Scheinsolidarität die Bewohner des Kontinents nicht schützen.

Den österreichischen sozialdemokratischen Kanzler Werner Faymann kann man nicht gerade als Paradebeispiel für aufrechte Rede und Konsequenz bezeichnen. Zum Beispiel hat er zuerst gegen die Errichtung des ungarischen Grenzzaunes protestiert. Dann später, als sich die Österreicher zu einer Grenzschutzmassnahme entschlossen haben, wurde diese nicht Grenzzaun, sondern «kleines Tor mit Seitenteilen» genannt ...

Der österreichische Bundeskanzler wiederholt nur mantrahaft, was Angela Merkel ihm vorgesagt hat; die deutsche Kanzlerin und der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker sagen wiederum das, was ihnen von Washington diktiert wird. Und in der amerikanischen Politik sind die Finanzoligarchie und die Rüstungsindustrie sowie deren Lobbyisten immer noch sehr einflussreich.

Nicht nur die ausgebildeten «Soldaten» und Terroristen, welche mit der Migrantenflut nach Europa kommen, stellen eine Bedrohung dar, sondern auch etliche Angehörige der zweiten und dritten Migrantengeneration, welche als EU-Bürger bereits hier leben. Waren der Vater oder der Grossvater noch zufrieden damit, dass sie

in Frieden leben konnten, dass sie Arbeit hatten, dass Wasser aus dem Wasserhahn floss und dass man ein Dach über dem Kopf und Essen auf dem Tisch hatte, so sind ihre Nachkommen damit offenbar nicht mehr zufrieden oder wollen sich nicht mehr anpassen. Warum ist das so?

Sie wollen und können sich auch nicht integrieren. Denn sie gehören einer völlig anderen Kultur an, haben eine völlig andere Mentalität und andere Motivationen.

Aber fast jeder schafft es in Kanada.

Kanada ist nicht mit einem derartigen Ausmass und einer derartigen Zusammensetzung der Migration konfrontiert.

Stellt der Dschihad – also das Ziel der globalen Islamisierung – einen bewussten Teil der Migration dar?

Ja, dies ist der Fall, vor allem in Syrien.

In mehreren EU-Staaten wussten die Behörden seit Jahren, wer die Terrorverdächtigen waren, die nach Syrien zu «Bombenbastelkursen» fuhren, doch nichts passierte um sie auszuschalten und zu liquidieren. Wie kommt das? Ist das Dilettantismus? Oder halten sie das für Rechtsstaatlichkeit?

Das Migrationsproblem zeigt, dass diese Auffassung von Rechtsstaat versagt. Die Situation ist bereits unkontrollierbar geworden. Die Behörden wagen es nicht mehr, gegen die immer grösser werdende Kriminalität vorzugehen, und wenn, dann dürfen sie es nicht an die Öffentlichkeit bringen, um einen öffentlichen Aufruhr zu vermeiden. Und wenn sich die Betroffenen an das Gericht wenden, berufen sie sich darauf, dass man ihre Kultur und ihre Gewohnheiten berücksichtigen müsse. Ich fürchte, es wird einen Bürgerkrieg geben, wenn es in mehreren Staaten in Europa – vor allem in Deutschland, Frankreich und Italien – zu Terroraktionen an verschiedenen Standorten kommt. Was folgt danach? Eine Diktatur, aber es lässt sich nicht sagen, ob es eine rechts- oder linksgerichtete Diktatur sein wird.

Man rechnet in der Zukunft mit riesigen Menschenmengen, aber wie will man diese effektiv zurückhalten?

Der Grenzzaun ist eine richtige Massnahme. Die Anziehungskraft würde aber erst dann wegfallen, wenn die seit 1990 nicht mehr adäquate Genfer Flüchtlingskonvention nicht bestünde; sie muss deshalb aufgekündigt werden. Dann könnten die Schlepper den Migrant nicht mehr versprechen, dass sie Asyl in Europa erhalten. Die Aussengrenzen der Union müssten natürlich wirkungsvoll durch Militäreinsatz geschützt werden.

Was halten Sie von der verpflichtenden Quotenregelung? Die Slowakei und Ungarn erwarten vom Europäischen Gerichtshof, dass er Nein zum Brüsseler Diktat sagt.

Ich fürchte, dass der Europäische Gerichtshof wie schon so oft gegen die Interessen der Mitgliedstaaten entscheiden wird. In der Tat ist das Hauptproblem die EU-Richtlinie, welche besagt, dass Menschen, die aus Kriegsgebieten kommen, in gleicher Art und Weise wie politische Flüchtlinge zu behandelt seien. Man müsste also zuerst beantragen, dass diese EU-Richtlinie aufgehoben wird.

Wenn man heute die Migranten unter den EU-Staaten aufteilen möchte – obwohl dies kaum durchgehen wird –, werden diese morgen aufgrund des Schengen-Abkommens wieder ohne viel zu zögern in das Land ihrer Träume zurückkehren. Welchen Sinn soll also diese Quotenregelung haben?

Es wird irgendwann überall Grenzzäune geben. Deshalb muss man erreichen, dass die Migranten nicht in die EU, aber auch nicht nach ganz Europa gelangen können.

Die Visegrad-Länder (V4) kooperieren in der gegenwärtigen Krise miteinander. Glauben Sie, dass damit die Grundlage für eine spätere wirksame politische und wirtschaftliche Vertretung der Interessen gelegt wurde?

Ich hoffe, dass diese Partnerschaft noch enger ausgestaltet wird, aber es sollten sich auch andere Länder in der Region anschliessen wie Slowenien, Kroatien und Rumänien, um ihre Interessen in Brüssel oder auch gegen Brüssel auf der Grundlage gemeinsamer Ziele zu vertreten.

Wie sollten sich Ihrer Meinung nach die EU und die Nationalstaaten verhalten, um das Einwanderungsproblem in den Griff zu bekommen?

Das Dublin-III-Abkommen und das Schengen-System sind «tot» und deshalb sollte man auch die Genfer Flüchtlingskonvention aufkündigen, da sie nach dem Zweiten Weltkrieg unter ganz anderen Umständen und

für ganz andere Problemlösungen zustande gekommen war. Heute herrscht überall Krise: Soldaten in den Strassen, geschlossene Schulen, Angst und ohnmächtige Wut, die sich in den Herzen der Menschen breitmachen. In der ganzen Welt herrscht Umbruch. Die heutige Situation ist sehr ähnlich zu derjenigen vor dem Ersten Weltkrieg. Der Papst hat Recht. Das ist ein dritter Weltkrieg. Und es geht hier nicht nur um den Kampf gegen den Terrorismus, sondern der Krieg erstreckt sich auf viele weitere Terrains: Wirtschaft, Währungskrieg, Waffenhandel, Medien und Propagandakrieg.

Was die deutschsprachige Presse – Ausnahmen bestätigen die Regel – über die Migration schreibt, hat in vielen Fällen nichts mit der Wahrheit gemein. Den Deutschen wird de facto von den Journalisten vorgeschrieben, wie sie über die Flüchtlingskrise zu denken haben.

Viele Medien lügen im vollen Bewusstsein ihrer meinungsbildenden Kraft. Wir sollten Beschwerden und Klagen gegen sie einbringen.

Sie führen seit 2012 wegen dem Lendvai-Film «Nationale Träume – Ungarns Abschied von Europa?» und wegen der anschliessenden Diskussion einen Prozess. Wie steht dieser mit Paul Lendvai zusammenhängende Fall?

Das erste Verfahren gewann ich vor dem Obersten Gerichtshof, dessen Urteil besagte, dass in der Sache verhandelt werden müsse, was aber bisher nicht geschehen ist, meine Eingaben hat man einfach abgewiesen, und zwar mit der Begründung, es sei kein Verstoß gegen den Grundsatz der Objektivität erfolgt. Der Oberste Gerichtshof hat jedoch ausgesprochen, dass es notwendig ist zu überprüfen, ob im Film die journalistische Ethik eingehalten wurde und ob die dargestellten Fakten wahr sind oder nicht. Die Medienbehörde hingegen lehnte dies ohne mündliche Verhandlung ab, weil nach ihrer Meinung alles korrekt und objektiv sei. Gegen den 65-seitigen Beschluss habe ich wieder Berufung eingelegt.

Die Österreicher sind nette, wohlmeinende, angenehme Leute, jedoch erheben sie nicht ihre Stimme gegen ihre «danebenredenden» Politiker, sowie gegen die Vertreter der Kunst und Kultur und ihre realitätsfremden Ansichten. Warum?

Den Menschen gefällt vieles nicht, jedoch herrscht in Österreich Meinungsterror. In Firmen, in Ämtern, in Banken dürfen die Mitarbeiter sich nicht negativ über Migration äussern. Diejenigen, die es dennoch tun, riskieren ihren Job.

Das gab es doch auch bei uns in Ungarn und wurde Kommunismus genannt.

Das, was heute in Österreich passiert, ist in vielerlei Hinsicht schlimmer. Beispielsweise muss man Kollegen melden, die sich negativ über Migration äussern – man baut ein Spitzelnetzwerk aus.

Die Redefreiheit ist doch einer der Hauptwerte der Demokratie.

Das interessiert die Leute nicht. Sie schweigen lieber, weil sie um ihre Arbeit und um ihr Einkommen fürchten. Freiheit ist im Westen kein Wert mehr, nur Sicherheit.

Worauf ist diese Beschränkung der Redefreiheit zurückzuführen?

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die Menschen umerzogen. Die Deutschen können heute nicht mehr frei denken, ja es gibt keine einzige Partei, welche ihre Interessen vertritt. Auch bei uns gibt es eine Verdummung, auf politischer Ebene ist vielleicht noch die FPÖ die Partei, welche die Interessen der Bürger vertritt.

Oh, jetzt werden viele Sie auf der politischen Landkarte positionieren ...

Ich vertrete keine Parteipolitik und war nie Mitglied einer politischen Partei und werde es auch nie sein. Meine Tätigkeit ist selbstverständlich auch eine politische, doch wenn ich mich für etwas einsetze und meine Stimme erhebe, dann erfolgt das im Interesse der Gerechtigkeit und dies wird auch in der Zukunft so sein. Da ich vollkommen unabhängig bin, kann ich mir diesen Luxus leisten.

Beitragsbild: Rechtsanwältin Dr. Eva Maria Barki Quelle: <http://www.info-direkt.eu/dr-eva-maria-barki-meinungsterror-osterreich/>

(Erlaubnis für Wiederveröffentlichungen liegt vor)

Pastor Tscharntke: Nächstenliebe auch für das eigene Volk!



Pastor Jakob Tscharntke aus Riedlingen (Baden-Württemberg) warnte im Oktober in seiner Predigt vor einem «Bürgerkrieg in Deutschland», wenn die Asylpolitik nicht geändert werden würde. (Wir berichteten ausführlich.) Die Reaktionen der offiziellen Politik, der Medien und der Kirche waren eindeutig ablehnend. Die Staatsanwaltschaft hat sogar einen Ermittlungsakt angelegt. Die Redaktion von Info-DIREKT hat nun, anlässlich der Adventszeit, noch einmal mit dem mutigen Pastor gesprochen. Die frohe Botschaft: Er steht aufrecht und kämpft um sein Recht auf freie Meinungsäußerung. «Bange machen gilt nicht. Dann hätten DIE ja schon gewonnen!»

Interview mit Pastor Jakob Tscharntke

Info-DIREKT: Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise stammt von Ihnen das Zitat: «Was wir erleben ist nur ein Schneeball. Die Lawine kommt erst.» In Österreich haben wir in den letzten Monaten miterlebt, wie sich tausende Menschen ungehindert ihren Weg durch unser Land nach Deutschland bahnen. Glauben Sie persönlich, dass die Kanzlerin Merkel in absehbarer Zeit diesbezüglich einlenken wird?

Pastor Jakob Tscharntke: Meine persönliche Meinung ist, dass sie nicht umschwenken wird, solange sie nicht vom Volk dazu gezwungen wird. Mir hat heute jemand berichtet, dass anscheinend sogar Überlegungen stattfinden, die Zuwanderer direkt aus den Herkunftsländern mit Flugzeugen nach Deutschland einfliegen zu lassen, um ihnen die beschwerliche Anreise zu ersparen. Wenn man sich die Politik Frau Merkels ansieht fällt auf, dass ihr derzeitiges Verhalten überraschend untypisch für sie ist. Sie ist ja diejenige, die beispielsweise in der Atompolitik oder in der Mautfrage von heute auf morgen umgekippt ist und ihre Meinung komplett geändert hat. Jetzt aber, in der Zuwanderungsfrage, mit einer überraschenden Beharrlichkeit – trotz massiver Widerstände aus dem Volk und auch aus der eigenen CDU-Basis – an dieser Geschichte eisern festhält. Deshalb sehe ich hier gar keine Anzeichen dafür, dass sie diesbezüglich einlenken wird.

DIREKT: Verhärtet sich auch für Sie der Eindruck, dass da Leute im Hintergrund von Frau Merkel Druck auf sie ausüben?

Pastor Tscharntke: Das kann ich nur vermuten. Wenn man sich die Kanzlerin im Fernsehen ansieht, bemerkt man meines Erachtens deutlich, dass die Sache nicht spurlos an ihr vorbeigeht. Da frage ich mich schon, ob sie noch freiwillig in dieser Position ist oder ob sie unter Umständen von Mächten im Hintergrund in dieser Position gehalten und gezwungen wird diese Linie weiter fortzusetzen.

DIREKT: Um zum theologischen Begriff der Nächstenliebe zu kommen: Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise wird dieser Begriff sehr gerne verwendet. Die einen fordern dabei jedem, egal ob Wirtschafts- oder

Kriegsflüchtling, Asyl und Unterkunft zu gewähren. Die anderen sagen hingegen, zur Nächstenliebe gehört es auch, Menschen keine falsche Hoffnungen zu machen und auch die eigene Bevölkerung vor Zerrüttungen zu bewahren. Wie sehen Sie das?

Pastor Tscharncke: Beim Begriff der Nächstenliebe muss man unterscheiden. Im biblischen Zusammenhang weist der Begriff der Nächstenliebe auf die persönliche Begegnung mit den Menschen hin. Das heisst, dass ich dem Menschen dem ich begegne, der mein Nächster ist, freundlich und liebevoll begegne. Gesellschaftspolitisch ist es jedoch äusserst fragwürdig, ob es verantwortbar ist, diese Menschen zu uns zu holen. An den vielen Toten die es während dem Zuzug nach Europa gibt, sind zwar die Schuld, die diese Flüchtlingswellen verursacht haben, aber auch jene machen sich mitschuldig, die sie dazu auffordern diese Reise anzutreten.

In der Diskussion zur Flüchtlingskrise bezieht sich die Nächstenliebe ja auch immer ausschliesslich auf die Zuwanderer und nie auf die eigenen Leute. Unsere Politiker stehen in aller erster Linie in der Verantwortung ihres eigenen Volkes. Ich denke, dass hier eine Politik im Gange ist, die ganz offenkundig eine Politik betreibt zu Lasten des eigenen Volkes. Ich bin der Überzeugung, dass die verantwortlichen Politiker und auch Angela Merkel dadurch ihren Amtseid brechen, indem sie versprochen haben, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und den Nutzen des Volkes zu mehren. Sie tun gerade das Gegenteil. Das hat auch mit Nächstenliebe zu tun, wenn bei uns Menschen auf die Strasse gesetzt werden, Hotels geschlossen werden um weitere Flüchtlings-Unterkünfte zu schaffen. Da werden auch Existenzen vernichtet. Aber da spricht keiner von Nächstenliebe. Derjenige der darauf hinweist, dem wird von der Presse entgegengehalten, er zündelt; schlicht, weil er auf diese Probleme hinweist.

DIREKT: Wie war die Resonanz der Kirche auf ihre Predigt, die ja auch medial für einigen Wirbel gesorgt hat?

Pastor Tscharncke: Von Seiten des freikirchlichen Bundes, dem wir angehören, gab es seitens des Generalsekretärs lediglich eine Email, in der er mich kräftig angegriffen und verurteilt hat, bevor ich überhaupt persönlich mit ihm sprechen konnte. Daraufhin habe ich ihm eine ausführliche Antwort und Begründung dessen geschrieben, was ich gesagt habe. Seitdem kam keine Reaktion mehr. In der Presse hat er sich klar von mir distanziert. Dasselbe gilt auch für andere Vertreter unseres Bundes. Der Generalsekretär hat uns angedroht, dass er überlege, bei der nächsten Bundesratstagung im Mai 2016 den Ausschluss unserer Gemeinde zu beantragen. Sonst habe ich von kirchlicher Seite her keine offizielle Rückmeldung bekommen.

DIREKT: Fielen die Rückmeldungen in ihrer Gemeinde ebenfalls so negativ aus?

Pastor Tscharncke: An der Basis war die Reaktion gänzlich anders. Seit Wochen erhalte ich sehr viele, fast ausschliesslich positive Rückmeldungen per Email und Gästebucheinträgen auf unserer Internetseite. Da sind nur sehr wenige negative Anmerkungen zu meinen Aussagen dabei.

DIREKT: ... Aber Sie werden auch aktiv bekämpft, weil Sie an Ihrer Meinung festhalten?

Pastor Tscharncke: Die Reaktionen von aussen sind ablehnend: Die Presse wettert, wenn ich wie neulich bei einer AfD-Veranstaltung rede. Der Bürgermeister von Riedlingen hat – auf welchen Druck auch immer – beschlossen, meinen Namen nicht mehr im Rahmen der Kirchlichen Mitteilungen im Amtsblatt zu erwähnen. Wir haben zwar einvernehmlich die Lösung gefunden, dass dann alle Namen gestrichen werden und nicht nur meiner, wie er das ursprünglich geplant hatte. Das ändert natürlich nichts an der Ungeheuerlichkeit, das innere Wesen dieses Vorgangs betreffend, dass ich aus der öffentlichen Wahrnehmung der Stadt Riedlingen getilgt werde, weil ich mich politisch unkorrekt zum Zuwanderungswahnsinn geäussert habe.

Der Staatsanwalt hat tatsächlich eine Ermittlungsakte angelegt. Ich hoffe natürlich, dass die Vernunft Einzug hält und es zu keinem Verfahren kommt. Gewiss ist diesbezüglich aber noch nichts. Recht gilt derzeit nicht mehr viel in Deutschland. Aber bange machen gilt nicht. Dann hätten die ja schon gewonnen!

DIREKT: Herr Pastor, danke für Ihre Standhaftigkeit. Ihnen Alles Gute!

Pastor Tscharncke: Danke auch für das Gespräch. Liebe Grüsse und eine frohe und gesegnete Adventszeit.

Quelle: <http://www.info-direkt.eu/pastor-tscharncke-interview/>

Deutsche Wirtschaft protestiert – EU verlängert Wirtschaftssanktionen gegen Russland

Posted on Dezember 18, 2015 11:52 pm by jolu poch Times, Freitag, 18. Dezember 2015 17:55

Die Wirtschaftssanktionen gegen Russland werden um sechs Monate verlängert. Die deutsche Wirtschaft protestiert scharf gegen die Verlängerung, die wahrscheinlich auf Wunsch der USA erfolgte.



Die Sanktionen der EU gegen Russland werden verlängert. Foto: Maxim Shipenkov/Archiv/dpa

Vertreter der 28 EU-Staaten starteten am späten Nachmittag das offizielle Beschlussverfahren, wie Diplomaten in Brüssel mitteilten. Es gilt als Formalie und soll nächste Woche abgeschlossen sein.

Die EU hatte die Wirtschaftssanktionen gegen Russland trotz Milliardenverlusten für heimische Unternehmen zuletzt im Sommer bis zum 31. Januar 2016 verlängert.

Gleichzeitig wurde damals beschlossen, die Handels- und Investitionsbeschränkungen erst dann aufzuheben, wenn die Vereinbarungen des Minsker Friedensplanes zum Ukraine-Konflikt komplett erfüllt sind. Dies ist noch nicht der Fall – und das ist eine völlig utopische Forderung, da sie nur an Russland und nicht an die Regierung in Kiew gerichtet wird.

Sanktionsverlängerung – Auf Wunsch der USA ?

Die Deutschen Wirtschaftsnachrichten schreiben, dass «es bei der Strafmassnahme um eine Schwächung Russlands, eines der Ziele der US-Aussenpolitik» geht.

Zitat: «Zwar arbeiten die Amerikaner nach ihrer eigenen gescheiterten Mission in Syrien mit Russland zusammen. Doch an der Nordflanke betreibt vor allem die Nato einen Ausbau ihrer Positionen: Die Ukraine wird massiv aufgerüstet. Zuletzt hatte der US-Kongress die Lieferung von tödlichen Waffen an die Ukraine beschlossen. Polen fordert, ebenfalls gegen Russland, die Stationierung von Nato-Atomwaffen. Montenegro wurde eben zum Nato-Beitritt eingeladen, Serbien soll in die EU.»

«All diese Bestrebungen legen aus Sicht der US-Aussenpolitik und ihres militärischen Arms, der Nato, eine Schwächung Russlands nahe. Zuletzt war sogar ein Sondergesandter der US-Regierung in die EU-Hauptstädte gereist, um die Regierungen auf Kurs zu bringen. Tatsächlich treffen die Sanktionen die Russen schwer, wie auch Präsident Wladimir Putin bei seiner jährlichen Pressekonferenz einräumen musste.»

Scharfer Protest des Vorsitzenden des Ost-Ausschuss Eckhard Cordes

Hier die Stellungnahme im Original:

«Nach einem Verlust von 6,5 Milliarden Euro im Jahr 2014 werden die deutschen Exporte nach Russland 2015 voraussichtlich um weitere 8,5 Milliarden Euro zurückgehen. Auch im Handel mit der Ukraine und weiteren Ländern der Region beobachten wir weiterhin massive Verluste.

Auch wenn die gegenseitigen Sanktionen diese dramatische Entwicklung nur zum Teil verursacht haben, ist doch offensichtlich, dass wir im Interesse aller Seiten dringend einen Einstieg in den Ausstieg aus den Sanktionen brauchen.

Nachdem die russische Regierung in den vergangenen Monaten Signale der Deeskalation ausgesandt hat, hätten wir uns von den EU-Regierungschefs deutlich mehr Mut gewünscht, auf Russland zuzugehen. Die Art und Weise, wie die Sanktionen von der EU nun ohne grosse Debatte um sechs Monate verlängert werden, ist enttäuschend. Damit wird erneut die Chance verpasst, ein Stück auf Russland zuzugehen und so wieder zu einer positiven Dynamik in den gegenseitigen Beziehungen zu kommen. Die bestehenden Sanktionen schwächen liberale Positionen in Russland und versammeln trotz bestehender Reformdefizite die Bevölkerung hinter der Politik des Kreml, wie sich an aktuellen Umfragen zeigt.

Übersehen wird völlig, dass zur Umsetzung des Minsk-Abkommens auch Kiew entscheidende Beiträge, wie etwa eine Verfassungsreform leisten muss. Hier waren zuletzt leider kaum noch Fortschritte zu beobachten.

Es läge nicht zuletzt im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ukraine, wenn sich das Verhältnis zwischen Russland und der EU wieder bessern würde. Dass ein stärkerer Handel mit der EU die massiven Verluste, die der Ukraine im Russland-Handel entstehen, kompensieren könnte, ist auf Jahre nicht absehbar. Im Export mit Deutschland erreichte die Ukraine bis September 2015 nur ein schwaches Plus von 50 Millionen Euro (+3 Prozent). Die ukrainischen Exporte in die EU insgesamt werden auch 2015 weiter zurückgehen, trotz einseitig eingeräumter Handelsprivilegien.

Derzeit steht zu befürchten, dass die vollständige Einführung des EU-Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zum 1. Januar 2016 die Handelskonflikte mit Russland weiter verschärft. Die trilateralen Verhandlungsrunden zwischen der Ukraine, Russland und der EU in Brüssel, in denen technische Lösungen für die russischen Kritikpunkte entwickelt werden sollen, stehen vor dem Scheitern.

Wir begrüssen deshalb die Initiative von Bundesausserminister Steinmeier, der Angebote für eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland und der Eurasischen Wirtschaftsunion in die trilateralen Verhandlungen einbringen möchte. Die Bundesregierung muss alles dafür tun, den offensichtlich noch fehlenden Rückhalt der EU-Partner und der Kommission in dieser Frage zu gewinnen.

Eine erneute Eskalation des Ukraine-Konflikts nach Umsetzung des Assoziierungsabkommens zum 1. Januar muss unbedingt verhindert werden, damit die ohnehin schon bestehende Verunsicherung von Investoren in der Region nicht noch weiter zunimmt. Die Ukraine braucht den Zugang sowohl zur EU wie auch zum russischen Markt, um wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen.» Zitat von europaobjektiv.com

Hintergrund:

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft wurde 1952 durch die Wirtschaft gegründet. Er führt viele Veranstaltungen, Reisen und Konferenzen in 21 Ländern durch. Der Sitz ist in Berlin. Der Ost-Ausschuss sieht sich als Kompetenzzentrum der deutschen Wirtschaft für die osteuropäischen und zentralasiatischen Länder und Märkte. Er wird von 220 Mitgliedsunternehmen und fünf grossen Wirtschaftsverbänden getragen. Dr. Eckhard Cordes ist bis zum Jahresende noch Vorsitzender, anschliessend übernimmt Dr. Wolfgang Büchele, Vorsitzender des Vorstands der Linde AG, die Leitung des Gremiums. (dpa/ks)

Quelle: <http://wahrheitfuerdeutschland.de/deutsche-wirtschaft-protestiert-eu-verlaengert-wirtschaftssanktionen-gegen-russland/>

Deutschland die treueste Vasallin der USA

19. Dezember 2015 Non Profit News Redaktion

Die deutsche Bundesregierung hat in der letzten Zeit einige Beschlüsse gefasst, welche eindeutig eine Unterwürfigkeit gegenüber den USA bestätigt. Vor allem wäre hier die Erlaubnis für US-Überwachungsdrohnen-



flüge mit riesigen Spionagedrohnen zu nennen. Aber auch die im September 2015 erteilte Erlaubnis für die Stationierung neuer US-Atomwaffen in Deutschland ist in diesem Kontext zu betrachten.

«Als treueste Vasallin der USA hat sich die bundesdeutsche ›Wir schaffen das‹-Kanzlerin Angela Merkel in Szene gesetzt. Sie hatte bereits im September die Stationierung neuer Atomwaffen in Deutschland bewilligt. Dabei hat der Bundestag 2009 beschlossen, dass die USA ihre Atomwaffen abziehen haben. Jüngst hat die deutsche Bundesregierung auch die Überfluggenehmigung für US-Riesen-Drohnen erteilt, was eine weitere Brüskierung Russlands und eine weitere Eskalation der neuen Spaltung Europas bedeutet», berichtete NAbg. Dr. Johannes Hübner, aussen- und europapolitischer Sprecher der FPÖ.

«Während die Europäische Union keine Lösung der Migrationskrise zustande bringt – die oktroyierte Verteilung der illegalen Einwanderer auf die Mitgliedsstaaten ist höchstens eine Symptombehandlung – wütet der ›Islamische Staat‹ (Anm. Islamistische Staat) weiter. Anstatt eine Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik zu leben, die den Migrationsstrom aufhält, lässt man sich an das Gängelband der USA nehmen und den Kalten Krieg auferstehen. Dabei ist es gegenwärtig die Russische Föderation, die den ›Islamischen Staat‹ (Anm. Islamistischen Staat) tatsächlich effektiv bekämpft und somit Interessen Europas verfolgt», analysierte Johannes Hübner.

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/12/deutschland-die-treueste-vasallin-der-usa/>

IMPRESSUM

FIGU-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: ›Billy‹ Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Abonnemente:

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

Postcheck-Konto: FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2016

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, ›Freie Interessengemeinschaft‹, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz